

AUSNAHMEZUSTAND IN ARMENIEN

DIE POLITISCHE KRISE NACH DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL VOM FEBRUAR 2008

Aschot Manutscharjan

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL VOM 19. FEBRUAR 2008

Gemäß Artikel 50 der Verfassung der Republik Armenien wird das Staatsoberhaupt von den Bürgern für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt, wobei die Wiederwahl einmal möglich ist. Entsprechend den Vorgaben des armenischen Grundgesetzes endete nach zwei Amtsperioden am 19. Februar 2008 die zehnjährige Präsidentschaft von Robert Kotscharjan (1998 bis 2003 und 2003 bis 2008).

Um seine Nachfolge bewarben sich neun Kandidaten. Ihre Wahlprogramme bzw. ihre Zugehörigkeit zu einer politischen Partei spielten dabei für die armenischen Wähler eine untergeordnete Rolle. Wie in den anderen postsowjetischen Republiken, handelte es sich auch in der Südkaukasus-Republik um eine reine Persönlichkeitswahl. Allerdings polarisierte der Wahlkampf die innenpolitische Lage derart, dass das Land nur knapp einem Bürgerkrieg entging.

Bereits der erste armenische Präsident, Lewon Ter-Petrosjan (geb. 1945), hatte seine Wiederwahl im September 1996 mit einem massiven Einsatz der Armee und der Sicherheitskräfte „verteidigt“, nachdem die mit dem Wahlausgang unzufriedene Opposition das Parlamentsgebäude gestürmt und den Parlamentspräsidenten krankenhaushausreif geschlagen hatte.¹ Am Ende mussten die bekannteren Oppositionspolitiker untertauchen und auf ihre Mandate verzichten. Die Armee überwach-



Dr. Aschot Manutscharjan, aus Armenien stammend und jetzt in Berlin ansässig, ist Politikwissenschaftler und Journalist. Von 1993 bis 2000 nahm er einen Lehrauftrag für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn wahr. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen vor allem über Russland, die Kaukasus-Region und Zentralasien hervorgetreten. Ein Schwerpunkt seiner Forschungen liegt im Bereich internationale Sicherheitspolitik.

Als Anfang 2008, kurz vor dem Ende der Regierungszeit des armenischen Präsidenten Kotscharjan, die Frage seines Nachfolgers aktuell wurde, sah – zumal mit Blick auf die Erfahrung früherer Urnengänge – wenig nach einer friedlichen Wahl aus: Neben Kotscharjans Wunschkandidaten, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei und Ministerpräsident Sargsjan, kandidierte auch Armeniens Ex-Präsident Ter-Petrosjan, ein aufgrund seines autoritären Führungsstils umstrittener Politiker, der durch die emotionschürende Thematisierung vor allem der Berg-Karabach-Frage die Bevölkerung Armeniens polarisierte. Der Wahlsieg Sargsjans und die Niederlage Ter-Petrosjans im Februar des Jahres waren denn auch der „Startschuss“ für Unruhen: Unfähig, das Wahlergebnis zu akzeptieren, schickte der Verlierer seine Leute auf die Straße, organisierte Kundgebungen in der Hauptstadt und drohte der Regierung mit dem Erstarken seiner „Bewegung“ – eine Entwicklung mit Todesopfern, die auch nach der Verhängung des Ausnahmezustands am 1. März nicht endete. Heute hat sich die innenpolitische Lage in Armenien zwar beruhigt, doch von einer demokratischen Entwicklung, die hoffen lässt, sind das Land und seine gespaltene Gesellschaft weiter entfernt denn je.

te die Straßen der Hauptstadt Jerewan und vor den Regierungsgebäuden standen Panzer.

Auch die Präsidentschaftswahl vom Februar 2003 endete in Massenprotesten: Zwar erklärte die Zentrale Wahlkommission Präsident Robert Kotscharjan zum Sieger. Die Opposition ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken und warf dem Präsidenten massive Wahlfälschungen vor. Um die politische Lage zu entspannen, erklärte sich der „Sieger“ bereit, sich einer Stichwahl zu stellen, die er – mit massivem Einsatz der Medien – erwartungsgemäß gewann. Bei der Stichwahl erhielt Amtsinhaber Kotscharjan 67,5 Prozent, sein Gegner, Stephan Demirtschjan, 32,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Obwohl Demirtschjans Anhänger in jedem Wahllokal anwesend waren, weigerten sie sich, das Ergebnis anzuerkennen. Zwar kritisierten die USA und die OSZE den Urnengang wegen einiger Mängel, insgesamt akzeptierten sie aber die Wahl als „frei und fair“. Ein Jahr später, bei den Parlamentswahlen im April 2004, kam es erneut zu Unruhen, so dass auch dieses Mal wieder Polizei- und Armeekräfte gegen die Demonstranten eingesetzt wurden.

Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 2008 kündigte sich an, dass die außerparlamentarische Opposition Proteste – wegen echter oder nur behaupteter Wahlfälschungen – organisieren würde. Damit scheint sich der gewalttätige Ausgang von Wahlen endgültig als negative Tradition in der politischen Kultur Armeniens festgesetzt zu haben. Laut soziologischen Umfragen hatte Ministerpräsident Sersch (Serž) Sargsjan (geb. 1954) die besten Chancen auf die Nachfolge von Präsident Kotscharjan. Er bestritt als Vertreter der regierenden Koalition aus Republikanischer Partei und Bargavač Hajastan (Blühendes Armenien) den Wahlkampf. Beiden Parteien war bei den Parlamentswahlen im Mai 2007 ein Erdurtschsiieg gelungen, so dass ihre Vertreter seitdem die armenische Wirtschaft und das Parlament dominierten.

Im Werdegang des Diplom-Philologen Sersch Sargsjan spiegelt sich die unruhige Entwicklung Armeniens nach der Unabhängigkeit: Seine politische Laufbahn begann er als Vertei-

1 | Der Autor dieses Artikels war als OSZE-Wahlbeobachter Augenzeuge der Ereignisse. Siehe auch: Aschot Manutscharjan: „Schlechter Verlierer. Krawalle in Eriwan“. In: *FOCUS*, 1996, Nr. 40. S. 334

digungsminister in Berg-Karabach (1989 bis 1993). Später machte ihn Präsident Ter-Petrosjan zum Verteidigungs- und Innenminister Armeniens, schließlich zum Geheimdienstchef (1993 bis 1999). Unter seinem Karabacher Freund, Präsident Kotscharjan, wurde Sargsjan Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Leiter des Präsidialamtes und danach erneut Verteidigungsminister (2000 bis 2007). Am 4. April 2007 ernannte ihn Kotscharjan zum armenischen Ministerpräsidenten. Der Sieg der regierenden Republikanischen Partei bei den Parlamentswahlen vom Mai 2007 ließ Sargsjan hoffen, auch die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden zu können.² Im November 2007 wählten ihn die Delegierten zum Vorsitzenden der Republikanischen Partei.

Der Sieg der regierenden Republikanischen Partei bei den Parlamentswahlen vom Mai 2007 ließ Sargsjan hoffen, auch die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden zu können.

Während des Wahlkampfes nutzte Sargsjan geschickt seinen Amtsbonus als Ministerpräsident und präsentierte sich als Macher, indem er Renten und Gehälter erhöhte. Außerdem versprach er, nicht nur den Haushalt Armeniens bis 2012 zu verdoppeln, sondern auch die monatlichen Durchschnittsgehälter.³ Dass sich Sargsjan bei verbalen Auseinandersetzungen mit seinen Gegenkandidaten vornehm zurückhielt, ließ ihn präsidial erscheinen und sicherte ihm zusätzliche Sympathien. Angriffe auf seine wichtigsten Konkurrenten führten die regierungsnahen Medien und die anderen Präsidentschaftskandidaten. Die Hauptgegner Sargsjans waren Lewon Ter-Petrosjan und Artur Bagdasarjan.

Der ehemalige Vorsitzende der Nationalversammlung und Anführer der regional stark vertretenen und gut organisierten Partei Orinac erkir (Land des Gesetzes), Artur Bagdasarjan (geb. 1968), ging als Vertreter einer Europa- und Amerika-orientierten Politik in die Präsidentschaftswahl.⁴ Daneben versprach er den Aufbau eines „Neuen Armenien“ nach rechtsstaatlichen Prinzipien. Der freie Mensch und seine Sorgen sollten künftig im Zentrum der Regierungspolitik stehen.

2 | Aschot Manutscharjan: „Keine ‚Aprikosen-Revolution‘ in Armenien. Die Parlamentswahlen in Armenien und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Kaukasus“. In: *KAS-Auslandsinformationen*. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, H. 8 (2007) S. 31–59.

3 | Serž Sargsjan: *Erkrord serndi barephochumneri tsragric*. Jerewan 2008.

4 | Levon Muthafjan: *Arthur Bagdasarjan: Dimankar žamanaki chorapatkerin*. Jerewan 2007.

Abgesehen davon wollte er die Armut bekämpfen und 150 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Den armenischen Erdbebenopfern, die seit Dezember 1988 noch keine Wohnung hatten, versprach er feste Unterkünfte. Siegesicher erklärte Bagdasarjan, hinter ihm stünden zwischen 500 000 und 600 000 Wähler.⁵

Für die drittstärkste Partei, die Armenische Revolutionäre Föderation, genannt Daschnakutzjun (ARF Dašnakutzjun), bewarb sich der Vize-Parlamentspräsident der Nationalversammlung, Wahan Hovhannesjan (geb.1956), um die Präsidentschaft. Hovhannesjan versprach den Wählern, sich für die Wiedergeburt der armenischen „Tugenden“ einzusetzen, insbesondere für Anstand und Gerechtigkeit, für starke Familien und für eine Unterstützung der sozial Schwachen. Das insgesamt sozialdemokratische Programm verkündete den Menschen eine rosige, ungetrübte Zukunft.

Die Partei sparte nicht mit Wahlkampfmaterialien und präsentierte sich den Bürgern auf Plakaten, Falt- und Flugblättern als „alter Freund“.⁶ Die Kritik der ARF an den ungerechten Verhältnissen in Armenien vermochte die Wähler jedoch kaum zu überzeugen. Die Parolen des ARF-Kandidaten „Alle müssen vor den Gesetz gleich sein“ oder „ohne gerechten Staat gibt es keine freien Bürger“ trafen ihren Nerv nicht.⁷ Geradezu lächerlich machte sich die Daschnakutzjun jedoch mit ihrer Kritik an der Bildungspolitik der Regierung. Schließlich war sie seit zwei Legislaturperioden in der Regierung und stellte den Bildungsminister. Hovhannesjan selbst hatte Präsident Kotscharjan jahrelang beraten und war von der Koalition 2003 in das Amt des Vize-Parlamentspräsidenten gewählt worden. Vor diesem Hintergrund argumentierten die armenischen Politologen, dass Hovhannesjan vor allem die Kandidaten der Opposition schwächen sollte, indem er die Stimmen der Sargsjan-Gegner abschöpfte.

Weitere Bewerber um das Amt des Präsidenten waren der ehemalige armenische Ministerpräsident Wasgen Manukjan,

5 | Hajastani Hanrapetutjan Nachagahi theknacu Artur Bagdasarjani nachentrakan tsragire. Jerewan 2007. www.a1plus.am vom 17.02.2008.

6 | Hajastani Hanrapetutjan Nachagahi theknacu Vahan Hovhannesjani nachentrakan tsragir. Jerewan 2008.

7 | *Erkir*, Jerewan, 09.02.2008; 16.02.2008; 17.02.2008.

Artasches Gegamjan für die Partei Nationale Einheit, der Vorsitzende der Volkspartei, Tigran Karapetjan, und der frühere Außenminister der völkerrechtlich nicht anerkannten Republik Berg-Karabach, Arman Melikjan. Der zuletzt genannte konzentrierte sich in seinem Wahlkampf vor allem auf das Karabach-Thema und lehnte einen Rückzug aus den besetzten aserbaidischen Gebieten kategorisch ab. Er empfahl sich den Wählern zudem als Sprecher der Interessen der über 400 000 armenischen Flüchtlinge aus Aserbaidschan.⁸

Ohne Ausnahme kritisierten alle oben genannten Kandidaten die Politik des ersten armenischen Präsidenten Ter-Petrosjan, der sich erneut um das höchste Staatsamt bewarb. Damit war die Zersplitterung der Opposition von Anfang an gegeben und die Unterstützung eines gemeinsamen Bewerbers gegen den Regierungsvertreter Sargsjan ausgeschlossen. Besonders schlechte Erinnerungen verbindet die ARF mit der Regierungszeit Ter-Petrosjans, hatte er doch die Partei verboten und ihre Führung aus politischen Gründen ins Gefängnis sperren lassen. Allein Wahan Hovhannesjan war zwei Jahre in Haft.

Besonders schlechte Erinnerungen verbindet die ARF mit der Regierungszeit Ter-Petrosjans, hatte er doch die Partei verboten und ihre Führung aus politischen Gründen ins Gefängnis sperren lassen.

Hinzu kam, dass Armenien unter Präsident Ter-Petrosjan eine schwere Finanzkrise durchmachte. Außerdem kollabierte die Wirtschaft mit der Folge, dass weite Teile der Bevölkerung ins Ausland flüchteten. Drei kalte Winter ohne Strom waren ebenso unvergessen wie die existenzielle Armut und die Massenarbeitslosigkeit. Die Medien zeigten während des Wahlkampfes nicht ohne Grund immer wieder Bilder aus diesen dunklen Jahren. Allerdings gelang es ihnen nicht, Ter-Petrosjan und seiner Regierung persönliche Bereicherung nachzuweisen. Von daher waren die Angriffe auf Ter-Petrosjan, der im Februar 1988 den Aufstand gegen die Sowjetunion organisiert und die Republik in die Unabhängigkeit geführt hatte, eher allgemeiner Natur. Der Hauptvorwurf lautete denn auch: „Er wollte Armenien zerstören“.

Das vom renommierten Yerevan Press Club und seinem Institut für Medienforschung (TIM) durchgeführte Monitoring der armenischen Medien im letzten Monat vor dem Urnen-

8 | Interview mit Arman Melikjan. In: www.a1plus.am vom 19.12.2007.

gang belegt, dass kein Präsidentschaftskandidat Probleme mit der Ausstrahlung seiner Wahlwerbespots via Fernsehen oder Radio hatte. Dies bestätigte die Mehrheit der Kandidaten auf Nachfrage. Wahr ist aber auch, dass Ministerpräsident Sargsjan im Zeitfenster von Oktober bis Dezember 2007 35 Mal mehr Sendezeit erhielt als seine Mitbewerber. Wie bereits angedeutet, arbeitete die staatliche Fernsehanstalt massiv gegen Ter-Petrosjan – ein Umstand, der von der armenischen Öffentlichkeit in „offenen Briefen“ kritisiert wurde. Daneben führten auch die privaten TV-Kanäle einen Feldzug gegen den ersten armenischen Präsidenten. Sein Name oder Berichte über ihn erschienen vorwiegend in einem negativen Kontext, während über Sargsjan positiv oder zumindest neutral berichtet wurde.⁹

Dass die Berichterstattung über Sargsjan nicht allein seinen Amtsgeschäften geschuldet ist, belegt die Tatsache, dass der Ministerpräsident viel stärker in den Medien Berücksichtigung fand als das Staatsoberhaupt, das anscheinend zu Gunsten seines Favoriten auf Präsenz verzichtete. So zeigt eine Auswertung des Yerevan Press Club, dass sieben Fernsehanstalten und das öffentlich-rechtliche Radio vom 21. Januar bis 17. Februar 2008 den Präsidentschaftskandidaten Sargsjan 1384 Mal erwähnte, darunter 264 Mal positiv und nur 60 Mal in einem negativen Zusammenhang. Dagegen wurde Ter-Petrosjan 1232 Mal erwähnt, darunter 22 Mal positiv und 406 Mal negativ. Die Statistiken über die Medienpräsenz der Regierungskandidaten offenbarten die mangelnde Neutralität der Medien derart eindrucksvoll, dass offizielle Kreise den Yerevan Press Club“ unter Druck zu setzen suchten, indem sie seine Tätigkeit diskreditierten.¹⁰

LEWON TER-PETROSJAN: DER UNRUHESTIFTER

Als wichtigster Widersacher für Präsident Robert Kotscharjan und seinen Wunschnachfolger Sersch Sargsjan erwies sich Armeniens erster Präsident, Lewon Ter-Petrosjan (1991 bis 1998). Seine Partei, die Armenische Allnationale Bewegung (AAB), verfügte seit der Abdankung Ter-Petrosjans im Februar 1998 über keinen nennenswerten politischen Einfluss

9 | Otčet Jerevanskowo Press-Kluba i Zentra issledovanij TIM po monitoringu prezidentskich vyborov 2008. In: Yerevan Press-Club: www.ypc.am/index

10 | Ibid..

mehr. Da die Wahlprognosen und soziologischen Umfragen der AAB keine Chancen für einen Einzug ins Parlament in Aussicht stellten, sondern eine vernichtende Niederlage vorhersagten, hatte sie auf eine Teilnahme an den Parlamentswahlen im Mai 2007 verzichtet. Ein aussichtsreicheres Comeback versprach dagegen die Präsidentschaftswahl. Dabei setzten die Parteistrategen bewusst auf ihren Vorsitzenden, eben den begnadeten Redner und charismatischen Politiker Ter-Petrosjan.¹¹

Bereits im September 2007 hatte er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl angedeutet, indem er sich zum ersten Mal seit zehn Jahren Pause wieder in der Öffentlichkeit zeigte und eine politische Rede hielt. Seine Rückkehr erklärte der Ex-Präsident damit, dass nur er allein das „korrupte Verbrecherregime“ aus Berg-Karabach ablösen könne. Da er dafür verantwortlich sei, dass diese Regierung überhaupt an die Macht habe kommen könne, plagten ihn „Schuldgefühle“. Deshalb entschuldigte sich Ter-Petrosjan spektakulär bei den Wählern – eine Entschuldigung, die Präsident Kotscharjan und Ministerpräsident Sargsjan als Kriegserklärung verstehen mussten.¹²

Seine Rückkehr erklärte der Ex-Präsident damit, dass nur er allein das „korrupte Verbrecherregime“ aus Berg-Karabach ablösen könne.

Im Wissen um die Bedeutung des Präsidentenamtes loteten die politischen Parteien unmittelbar nach den Parlamentswahlen neue Bündnismöglichkeiten aus. Vor allem Ter-Petrosjan versuchte bei seinen offiziellen Gesprächen mit den konkurrierenden Parteien, Verbündete zu gewinnen. Seinen Gegnern versprach er einen toleranten Wahlkampf. Anstatt sich daran zu halten, heizte Ter-Petrosjan auf seinen zahlreichen Kundgebungen die politische Atmosphäre in Armenien nur umso mehr auf. Seine Anhänger und Zuhörer suchte er mit der Ankündigung einer „bürgerlich-nationalen Revolution“ zu überzeugen. Fürchten müssten seinen Sieg nur die Regierung und ein paar Dutzend Familienclans, die das Land ausraubten und aus Bürgern Sklaven machten. Der Ex-Präsident versicherte, er wolle Armenien aus dem Zustand der geisti-

11 | Vardkez Davtjan: *Lewon Ter-Petrosjan. Araspeli ev irakani sa-managzin*. Yerevan 1996. Aschot Manutscharjan: „Lewon Ter-Petrosjan. Präsident der Republik Armenien (1991–1998). Politisches Porträt“. In: *Orient* 39 (1998) H. 3 S. 377–384.

12 | Lewon Ter-Petrosjan: Menkh hachthelu enkh. Februar 2008; Presse-Konferenz vom 11.1.2008. Reden auf Kundgebungen von 10.1. bis 13.2.2008

gen Sklaverei befreien und forderte das Volk auf, mit ihm zusammen „bis zum Ende zu kämpfen“. Dem politischen Tandem Kotscharjan/Sargsjan warf er persönliche Bereicherung und Vetternwirtschaft vor. Dem aus Berg-Karabach stammenden Staatschef („Karabach-Klan“) unterstellte er, Armenien nach dem Vorbild der Mongolen unterjocht zu haben.¹³ Tatsächlich gelang es Ter-Petrosjan, einen der Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2003 als Unterstützer seiner Kandidatur zu gewinnen: Stephan Demirtschjan. Dessen Vater, der populäre Ex-KP-Chef und Parlamentspräsident, Karen Demirtschjan, war am 27. Oktober 1999 einem Terrorakt zum Opfer gefallen. Indirekt beschuldigte der AAB-Chef das Umfeld der Regierung, für Organisation und Durchführung des Mordes verantwortlich zu sein. Während einer Parlaments-sitzung waren neben Parlamentspräsident Demirtschjan auch der damalige Ministerpräsident Wasgen Sargsjan und weitere Abgeordnete erschossen worden. Indem er alte Wunden wieder auf-riss, trug Ter-Petrosjan entscheidend zu einer Emotionalisierung des Wahlkampfes bei. Anstelle einer ruhigen Debatte vergifteten Hass und offene Rechnungen das Klima im Land.

Indem er alte Wunden wieder auf-riss, trug Ter-Petrosjan entscheidend zu einer Emotionalisierung des Wahlkampfes bei.

Daneben unterstützte nur eine einzige der im Parlament vertretenen Parteien die Kandidatur Ter-Petrosjans: Die Partei „Das Erbe“ sprach am 16. Februar eine Wahlempfehlung für den ersten Präsidenten der Republik aus und stellte ihm ihre Beobachter in den Wahllokalen zur Verfügung.

Da das Staatsfernsehen seine Kundgebungen tot schwieg, ließ der AAB-Chef Tausende DVDs mit seinen Reden verteilen. Neben kritischen Passagen lockte der erfahrene Politiker seine Wähler mit Wohltaten: Er kündigte an, er werde in den kommenden fünf Jahren das Durchschnittsgehalt dreimal erhöhen, die Renten gleich viermal. Dass sein polarisierender Wahlkampf Früchte trug, belegen die Umfragen: Wollten für Ter-Petrosjan Anfang Oktober 2007 nur 3,8 Prozent der Wähler stimmen, bekam er bei der Wahl fünf Monate später rund 21,5 Prozent.¹⁴

13 | Lewon Ter-Petrosjan: „Reden vom 26. Oktober 2007 und vom 08. Dezember 2007“. In: *Patmutjun, garapharchosutjun, tipabanutjun*. Jerewan 2007. S. 29 f.

14 | *Golos Armenii*, Jerewan, 18.10.2007.

EXKURS: DAS ZERWÜRFNIS

Dass sich an Ter-Petrosjan und seiner Politik von Anfang an die Geister schieden, zeigt nicht zuletzt sein unrühmlicher Abgang: Der erste demokratisch gewählte armenische Präsident wurde am 3. Februar 1998 spektakulär zum Rücktritt gezwungen. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit sah er sich wegen seiner Nachgiebigkeit gegenüber der Türkei und seiner Zurückhaltung in Bezug auf die Thematisierung des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich heftiger Kritik ausgesetzt. Sein pragmatischer außenpolitischer Kurs stieß in seiner Heimat auf heftigen Widerstand. Die Opposition unter Führung der Armenischen Revolutionären Föderation Daschnakutjun warf ihm vor, die nationale Idee Haj Dat (Armenisches Gericht) verraten zu haben, also vor allem die Forderung nach internationaler Anerkennung des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich und in der Türkei (1915 bis 1923).

Obwohl für Ankara die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien nicht in Frage kam, bemühte sich Ter-Petrosjan, normale zwischenstaatliche Kontakte zum Nachbarland aufzubauen, indem er die diplomatische Anerkennung von der Lösung der Karabach-Frage abzukoppeln suchte. Er begründete diesen Kurswechsel mit dem Hinweis, die „christlichen“ Großmächte, an erster Stelle Russland und die europäischen Staaten, hätten nichts unternehmen, um die nationalen Interessen Armeniens zu unterstützen. Als es die Türkei jedoch weiterhin kategorisch ablehnte, mit der Südkaukasus-Republik normale zwischenstaatliche Beziehungen zu unterhalten, näherte sich Präsident Ter-Petrosjan notgedrungen wieder den „traditionellen Verbündeten“ Russland und Iran an. „Armenien brauchte einen Verbündeten, der den Schutz des Landes garantieren konnte“, erklärte er rückblickend in einem Interview mit dem Autor.¹⁵

Obwohl für Ankara die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien nicht in Frage kam, bemühte sich Ter-Petrosjan, normale zwischenstaatliche Kontakte zum Nachbarland aufzubauen.

Als er jedoch begann, in der Karabach-Frage Kompromissbereitschaft zu signalisieren, führte dieser neue Kurs Armenien (1997 und 1998) an den Rand eines Putsches. Der Karabach-Faktor erlangte genauso wie in Aserbaidschan eine

15 | FOCUS Nr. 7 vom 08.02.1997.

besondere innenpolitische Relevanz durch den auf diesen Konflikt ursächlich zurückzuführenden Sturz von drei Präsidenten.¹⁶ Bemerkenswert ist, dass der Aufstand gegen Ter-Petrosjan damals nicht aus den Reihen der Opposition kam, sondern aus dem Regierungslager. An führender Stelle arbeitete der damalige Ministerpräsident Robert Kotscharjan sowie der Innen- und Sicherheitsminister Sersch Sargsjan gegen ihn. Sie warfen dem Mitinitiator der Karabach-Bewegung vor, das wichtigste Glied der armenischen nationalen Idee – die Wiedervereinigung mit Berg-Karabach – verraten zu haben. Erst vor diesem Hintergrund erschließt sich die persönliche Feindschaft zwischen Ter-Petrosjan und den beiden Politikern vollständig, die zehn Jahren später nicht nur den Präsidentschaftswahlkampf polarisierte, sondern die Republik erneut erschüttern sollte.¹⁷

Dass der Präsident die Bevölkerung nicht über den Stand der Beratungen in der Minsker Gruppe der OSZE auf dem Laufenden hielt – er wollte die vertraulich geführten Verhandlungen nicht gefährden –, erwies sich im Nachhinein als schwerer politischer Fehler. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass er mit seinen Ausführungen während einer Pressekonzferenz am 26. September 1997 eine Bombe zündete.¹⁸ Ter-Petrosjan erklärte, Armenien werde einer schrittweisen Lösung des Karabach-Konfliktes zustimmen: Zuerst sollten die armenischen Karabach-Truppen die sechs besetzten aserbaidzhanischen Gebiete räumen, so dass die Flüchtlinge zurückkehren könnten. Erst danach werde über den Status der „Republik Berg-Karabach“ verhandelt. Gleichzeitig würde Aserbaidschan die Verbindungen nach Armenien öffnen.

Nach dieser Erklärung brandmarkte die Opposition den Präsidenten als „Erfüllungspolitiker“ und „Verräter“. Entscheidend für sein politisches Scheitern war jedoch, dass es ihm nicht gelang, die Menschen von seinen politischen Zielen zu überzeugen. Denn Ter-Petrosjan hatte es versäumt, die Ursachen der Wirtschaftsmisere in Armenien eindeutig zu benennen:

16 | Rasim Agajev, Zardušt Ali-zade: *Azerbaidžan: Konec Vtoroj Respubliki (1988–1993)*. (= Das Ende der Zweiten Republik). Moskau 2006. S.575f.

17 | Aschot Manutscharjan: „Die politische Krise in Armenien. Der erzwungene Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan“. In: *Aktuelle Analysen*. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1998. Nr. 10.

18 | *Respublika Armenija*, Jerewan. 30.9.1997.

So basierte die Krise weniger auf der Korruption als auf den für Armenien horrenden Kosten, die für die Unterstützung Berg-Karabachs und die Finanzierung einer schlagkräftigen Armee aufgebracht werden mussten.

Im November 1997 versicherte der Präsident noch einmal, dass er keinen anderen Ausweg aus der Krise sehe, als sich zusammen mit Aserbaidschan über Berg-Karabach zu verständigen.¹⁹ Armenien habe in der Karabach-Frage keine Verbündeten, und es sei sinnlos, allein gegen die „internationale Gemeinschaft“ anzukämpfen. Allerdings wies seine Argumentation eine schwache Stelle auf: Der Präsident konnte keine Sicherheitsgarantien für die Karabach-Armenier geben. Nicht zuletzt deshalb wurden seine Äußerungen in Stepanakert attackiert: Berg-Karabach werde von nun an seine Probleme allein mit Aserbaidschan lösen. Die Republik Armenien möge künftig darauf verzichten, sich zu dieser Frage zu äußern. Allein die Karabach-Armenier seien von den Aserbaidschanern jahrzehntelang in ihrer ethnischen, religiösen und kulturellen Identität unterdrückt worden, sie hätten die Befreiungsbewegung begonnen und im Krieg gelitten. Ohne echte Sicherheitsgarantien würden sie sich nicht von Ter-Petrosjan an Baku ausliefern lassen.

Im November 1997 versicherte der Präsident noch einmal, dass er keinen anderen Ausweg aus der Krise sehe, als sich zusammen mit Aserbaidschan über Berg-Karabach zu verständigen.

Bereits im November 1997 hatte der Präsident in dem Artikel „Krieg oder Frieden“ dargelegt, dass die armenische Bevölkerung bis zur Lösung der Karabach-Frage auf einen bescheidenen Wohlstand verzichten müsse. Ihm gehe es vor allem darum, dass die seit 3000 Jahren existierende armenische Kultur in Berg-Karabach fortbestehe, notfalls auch unabhängig von der Zugehörigkeit zur Republik Armenien.²⁰ Die Bevölkerung konnte der Präsident jedoch nicht von der Notwendigkeit seiner einseitig kompromissbereiten Haltung überzeugen, denn Aserbaidschan weigerte sich, Sicherheitsgarantien für die Karabach-Armenier zu geben. Noch zehn Jahre zuvor, also im Februar 1988, hatte sich der damalige Volksheld Ter-Petrosjan für einen kompromisslosen „Kampf bis zum Ende“, d.h. bis zur Wiedervereinigung Armeniens mit Berg-Karabach ausgesprochen.

19 | Lewon Ter-Petrosjan: „Paterazm the chararutjun“ (= Krieg oder Frieden). In: *Hajastani Hanrapetutjun*. Jerewan. 1.11.1997.

20 | *Hajastani Hanrapetutjun*, 1.11.1997.

Gegen den Präsidenten solidarisierten sich 1998 Ministerpräsident Kotscharjan sowie der Innen- und der Verteidigungsminister: Sie rieten Lewon Ter-Petrosjan, über seinen Rücktritt nachzudenken. Schließlich wandten sie sich direkt an die Bevölkerung, indem sie der regierenden Armenischen Allnationalen Bewegung (AAB) öffentlich vorwarfen, eine Anti-Karabach-Stimmung zu erzeugen. Umgekehrt beschuldigte Ter-Petrosjan seine Kritiker, das armenische Volk zu entzweien. Nachdem Ministerpräsident Kotscharjan seinen Rücktritt kategorisch abgelehnt hatte, wandte sich Ter-Petrosjan am 3. Februar 1998 mit einer kurzen Fernsehansprache an die Bevölkerung und erkläre seinen Rücktritt. Er fügte hinzu, „die Partei des Friedens“ habe eine bittere Niederlage erlitten.

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND DAS THEMA BERG-KARABACH

Seit dem Rücktritt des ersten armenischen Präsidenten Lewon Ter-Petrosjan im Februar 1998 hatte keine politische Partei das Thema Berg-Karabach mehr für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert. Bei den großen und den kleinen Parteien bestand Einigkeit darüber, dass der Karabach-Konflikt nur durch eine Wiedervereinigung mit Armenien gelöst werden könne. Alles andere wäre politischer Selbstmord gewesen.

Bislang hatten die Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan – auf bilateraler Ebene wie im Rahmen der OSZE – zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt. Zumindest aus armenischer Sicht verfestigte sich zwischenzeitlich der Status von Berg-Karabach. Stets dementierte Jerevan Erklärungen aus Aserbaidschan, wonach Armenien mit dem Verzicht auf die besetzten aserbaidschanischen Gebiete um Berg-Karabach ohne Sicherheitsgarantien einverstanden sei. Auch auf die Rückkehr der aserbaidschanischen Flüchtlinge und die Durchführung eines Referendums in Berg-Karabach konnte man sich nicht verständigen – laut OSZE war in diesem Fall Baku dagegen. Die offizielle Haltung Armeniens lautet: „Ohne vorherige Entscheidung über den politischen Status von Berg-Karabach, sein Recht auf Selbstbestimmung und eine sichere Landverbindung zwischen der Republik Armenien und Berg-Karabach wird Armenien nicht bereit sein, über andere Fragen zu verhandeln.“²¹

Die offizielle Haltung Armeniens lautet: „Ohne vorherige Entscheidung über den politischen Status von Berg-Karabach, sein Recht auf Selbstbestimmung und eine sichere Landverbindung zwischen der Republik Armenien und Berg-Karabach wird Armenien nicht bereit sein, über andere Fragen zu verhandeln.“

Im Präsidentschaftswahlkampf 2008 erlebte das Thema Berg-Karabach eine Renaissance: Der Bewerber Arman Melikjan, vormals Außenminister der Republik Berg-Karabach, griff die Problematik offensiv auf, allerdings wurden ihm nur geringe Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. Melikjan war davon überzeugt, dass die Verhandlungen im Rahmen der OSZE aussichtslos seien, sollte die Frage der armenischen Flüchtlinge aus Aserbaidschan unberücksichtigt bleiben. Er versicherte, dass die Regierung in Berg-Karabach unter voller Kontrolle Jerewans stehe: „Die Republik Berg-Karabach hat keine Möglichkeiten, der armenischen Regierung zu widersprechen“.²²

Auch Präsidentschaftskandidat Ter-Petrosjan legte einen Schwerpunkt seines Wahlkampfes auf Berg-Karabach. Bei seinen Kundgebungen kritisierte er scharf die Karabach-Politik von Präsident Kotscharjan und Ministerpräsident Sargsjan. Den beiden aus Berg-Karabach stammenden Politikern warf er nicht nur die Plünderung Armeniens vor, sondern Verrat der nationalen Interessen des Landes. Außerdem beschönigte er dem Tandem, durch ihre Politik die wirtschaftliche und soziale Lage in Berg-Karabach zu verschlechtern und die dort lebenden Armenier zur Flucht zu zwingen.²³ Mit der Thematisierung des Berg-Karabach-Konfliktes initiierte der erfahrene Politiker eine neue politische Debatte.

Zwanzig Jahre nach dem Beginn der „Karabach-Bewegung“ wurde in Armenien erstmals hinterfragt, wer die Mitglieder des „Karabach-Komitees“ eigentlich waren, die im Februar 1988 nahezu die gesamte armenische Bevölkerung im Kampf für die Wiedervereinigung mit der Exklave gegen den Willen der Sowjetunion mobilisiert und damit die Unabhängigkeit der Republik Armenien eingeleitet hatten. Die Medien suchten erneut nach den Schuldigen, die für die militärischen Niederlagen zu Beginn des Krieges gegen Aserbaidschan (1991 bis 1993) verantwortlich waren. Umgekehrt erinnerten Präsident Kotscharjan und seine Unterstützer die Bevölke-

21 | Erklärung vom 4.6.2008. In: <http://www.armeniaforeignministry.com>

22 | Interview mit Arman Melikjan. In: www.a1plus.am vom 19.12.2007

23 | Lewon Ter-Petrosjan: „Reden vom 26. Oktober 2007 und vom 8. Dezember 2007“. In: *Patmutjun, garapharchosutjun, tipabanutjun*. Jerewan 2007. S. 29 f.

rung daran, wer die Macht innehatte in den „dunklen Jahren“ nach der Unabhängigkeit (1992 bis 1995) und während der Wirtschaftskrise. In einer Kampagne schoben der Präsident und die regierungsnahen Medien diese Misere erneut dem damaligen Präsidenten Ter-Petrosjan und seiner korrupten Armenischen Allnationalen Bewegung (AAB) in die Schuhe. Sie warfen ihm vor, er habe Berg-Karabach den Aserbaidschaniern 1998 bedingungslos „ausliefern“ wollen.

Um diese Behauptungen zu untermauern, veröffentlichten die regierungstreuen Medien die im Juli 1997 von der OSZE ausgearbeitete geheime „Vereinbarung zur Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes“, der Ter-Petrosjan angeblich hatte zustimmen wollen. Danach war Armenien bereit, die territoriale Integrität Aserbaidschans anzuerkennen. Berg-Karabach würde als ein territoriales und staatliches Subjekt in Aserbaidschan verbleiben und die Ausgestaltung seines Selbstbestimmungsrechtes erst später mit der Regierung in Baku aushandeln. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen sollten in den Verfassungen von Aserbaidschan und Berg-Karabach verankert werden.²⁴

Demgegenüber wies Ter-Petrosjan darauf hin, dass Armenien unter seiner Präsidentschaft den Krieg gegen Aserbaidschan im Mai 1994 gewonnen habe. Die Wirtschafts- und Energiekrise habe das Land deshalb durchmachen müssen, weil alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Überlebenskampf Berg-Karabachs und für die Front hätten bereitgestellt werden müssen. Als Beweis für seine Aussagen veröffentlichte er seinen Schriftverkehr mit dem damaligen Präsidenten von Berg-Karabach, Kotscharjan.²⁵

Tatsächlich spielte die armenische Exklave in Ter-Petrosjans Wahlprogramm nur eine untergeordnete Rolle: Zwar forderte er das Selbstbestimmungsrecht für die Karabach-Armenier, kündigte ansonsten aber nur nebulös die „Suche nach einer Kompromisslösung für das Problem“ an.²⁶ Immerhin schloss

24 | *Golos Armenii*, 1.11.2007.

25 | Lewon Ter-Petrosjan: Rede vom 16. November 2007. In: *Enkerakan zrujts*. Jerewan 2007. S.7 f. Hajastani Hanrapetutjun, 19.9.1996.

26 | Entrakan tsragir. (= Wahlprogramm) von Lewon Ter-Petrosjan. Jerewan 2008. Lewon Ter-Petrosjan: *Nespešnye razdumja*. In: *My pobedim*; Nr. 1, Februar 2008.

Die Wirtschafts- und Energiekrise habe das Land deshalb durchmachen müssen, weil alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Überlebenskampf Berg-Karabachs und für die Front hätten bereitgestellt werden müssen.

er aus, „dass Berg-Karabach zu Aserbaidtschan gehören wird“.²⁷ Den Regierenden unterstellte der Ex-Präsident, dass sie die OSZE-Verhandlungen gezielt torpediert hätten. Gleichzeitig machten sie den Menschen weis, dass die Bewahrung des Status quo im Interesse Armeniens und Berg-Karabachs liege. Damit warf Ter-Petrosjan der armenischen Regierung indirekt vor, sie werde Berg-Karabach früher oder später selbst an Aserbaidtschan ausliefern. An der Suche nach einer dauerhaften Lösung des Problems beteilige sie sich deshalb gar nicht erst.²⁸

Umgehend dementierte Präsidentschaftskandidat Sargsjan diese Behauptungen. In seinem Wahlprogramm konnten die Wähler die drei Prinzipien seiner Karabach-Politik nachlesen: Neben der internationalen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Karabach-Armenier forderte er Sicherheitsgarantien für die Bevölkerung der Republik Berg-Karabach und eine gemeinsame Grenze zwischen der Republik Armenien und der Republik Berg-Karabach.²⁹ Eine Wiedervereinigung Berg-Karabachs mit Armenien erwähnte er hingegen nicht.

Auch den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich und in der Türkei (1915 bis 1923) machte Ter-Petrosjan zum Wahlkampfthema. Er benutzte es, um die Außenpolitik der Regierung zu kritisieren und auf deren diplomatische Misserfolge in den armenisch-türkischen Beziehungen hinzuweisen. Gleichzeitig empfahl er der Exekutive, auf die Anerkennung des Völkermordes durch die Türkei zu verzichten, ebenso wie auf jegliche Kritik an Ankara.

Wie bereits während des armenischen Unabhängigkeitskampfes (1989 bis 1991) reaktivierte Ter-Petrosjan dabei seine Theorie von der „Dritten Macht“: Danach soll Armenien nicht darauf hoffen, dass irgendeine Dritte Macht seine Forderungen an die Türkei unterstützen werde. Konkret bedeutet dies Verzicht auf die Anerkennung des Völkermordes und damit auf „die Psychologie des Opfers“. Seine falschen Vergleiche der Völkermorde an den Armeniern und Juden mit anderen „nationalen Katastrophen“ wie sie auch Deutsche und

27 | *Kommersant*, Moskau, Nr. 34, 3.3.2008.

28 | Pressekonferenz von Lewon Ter-Petrosjan vom 11.1.2008, Hachthanake mern e, Februar 2008; www.levonpresident.am.

29 | Serž Sargsjan: *Nachentrakan tsragir* (= Wahlprogramm). Jerewan 2008, S. 9.

Japaner erlebt hätten, oder mit den territorialen Verlusten des Osmanischen Reichs, Großbritanniens oder Russlands zeigten, dass es Ter-Petrosjan nur um Kritik an der Regierung ging, gleichgültig, um welches Thema es sich dabei handelte.³⁰

Eine politische Diskussion oder ein „Historiker-Streit“ folgten nicht auf Ter-Petrosjans politisch-historische Provokationen: einerseits wollte sich keine Partei und kein Politiker mit ihm auseinandersetzen, andererseits schwiegen die Medien seine „Gedanken“ tot. Stattdessen wurde er bis zum Wahltag als „Verräter“ der armenischen Interessen verunglimpft, der die armenische Exklave Berg-Karabach den Feinden ausliefern wolle.³¹ Die Wahlkampfthemen und die Art der Auseinandersetzung heizten schließlich die ohnehin angespannte Atmosphäre in der Kaukasusrepublik weiter auf.

DIE ERGEBNISSE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL VOM 19. FEBRUAR 2008

Einen Tag vor dem Urnengang forderte Präsident Kotscharjan die Oppositionsparteien auf, auch nach der Wahl die Gesetze zu beachten und Armenien nicht zu destabilisieren. Diejenigen, die „es dennoch tun, werden es mit der Staatsgewalt zu tun bekommen“.³²

Am Wahltag, dem 19. Februar 2008, kam es nach den Worten der OSZE-Wahlbeobachtungsmission kaum zu Unregelmäßigkeiten. In ihrer Erklärung sprach die OSZE von einem nahe bei den europäischen Standards liegenden Wahlprozess. Allerdings berichteten die Wahlbeobachter der oppositionellen Präsidentschaftskandidaten von Schlägereien, Dro-

hungen und Manipulationen. Der teilweise mit Videokameras dokumentierte Wahlbetrug zeigte beispielsweise das massenhafte Einwerfen gefälschter Stimmzettel in die Urne oder die Abstimmung mit gefälschten Pässen. Das armenische Fernsehen begleitete die Wahl mit Sondersendungen. Nachdem sie ihre Stimme

abgegeben hatten, betonten viele Präsidentschaftskandida-

Der teilweise mit Videokameras dokumentierte Wahlbetrug zeigte beispielsweise das massenhafte Einwerfen gefälschter Stimmzettel in die Urne oder die Abstimmung mit gefälschten Pässen.

30 | Lewon Ter-Petrosjan: In: *Patmutjun, garapharchosutjun, tipabanutjun*. Jerewan 2007, S. 18 f. Ders.: „Preodolet' psihologiju žertvy“. In: *My pobedim*, Februar 2008.

31 | Na storone Baku. In: *Golos Armenii*, 16.02.2008.

32 | Erklärung des Präsidenten Robert Kotscharjan vom 18. Februar 2008.

ten, sie hätten „für die Freiheit Armeniens“ gestimmt, so als ob das Land eine Kolonie und nicht schon seit 1991 ein unabhängiger Staat sei.

Das vorläufige amtliche Endergebnis veröffentlichte die Zentrale Wahlkommission am 20. Februar 2008. Vier Tage später folgte das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahl. Es mussten nur wenige Korrekturen vorgenommen werden, nachdem in einigen Wahllokalen die Stimmzettel neu gezählt worden waren. Von den 2,390 Millionen Wahlberechtigten hatten sich 1 671 027 Wähler (69 Prozent) an der Wahl beteiligt.

Die Präsidentschaftswahl konnte Ministerpräsident Sersch Sargsjan mit 52,86 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich entscheiden. Obwohl sein Mitbewerber Lewon Ter-Petrosjan nur 21,5 Prozent der Stimmen erhielt, warf er der Regierung Wahlfälschung vor und erklärte sich selbst kurzerhand zum Sieger.³³ Heftige Kritik der Opposition handelten sich die internationalen Wahlbeobachter der OSZE und des Europarates ein, die den Urnengang im Allgemeinen als frei und fair bezeichneten. Der Urnengang wurde von 601 ausländischen Beobachtern begleitet, davon hatte die OSZE 309 nach Armenien entsandt. Daneben beobachteten rund 15 000 einheimische Vertreter der Kandidaten den Ablauf der Wahl, vor allem das Auszählen der Stimmen.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielt der Vorsitzende der Republikanischen Partei, Ministerpräsident Sersch Sargsjan, 862 369 Stimmen (52,86 Prozent). Die Zentrale Wahlkommission erklärte ihn daraufhin nach dem ersten Wahlgang zum Sieger der Präsidentschaftswahl. Für Ex-Präsident Lewon Ter-Petrosjan stimmten 351 222 Wähler (21,5 Prozent), für den Vorsitzenden der Partei Orinac erkir, Artur Bagdasarjan, 272 427 (11,67 Prozent), für den Kandidaten der ARF Daschnakutzjun, Wahan Hovhannesjan, 100 966 Wähler (6,12 Prozent), für den Anführer der National-Demokratischen Union Wasgen Manukjan, 21 075 Wähler (1,28 Prozent), für den Vorsitzenden der Partei Nationale Einheit, Artasches Gegamjan, 7 524 (0,46 Prozent), für den Anführer der Volkspartei, Tigran Karapetjan, 9 792 (0,6 Prozent), für der ehemaligen Außenminister von Berg-Karabach, Arman

33 | *Hajkh*, Jerewan, Nr. 32, 20.02.2008.

Melikjan, 4399 (0,27 Prozent) und Aram Harutjunjan, der Vorsitzende der Partei Nationale Zustimmung, bekam 2892 Stimmen (0,19 Prozent).³⁴

Wie bereits erwähnt, begrüßten die Beobachtermissionen der OSZE und des Europarates sowie die Vertreter der Europäischen Kommission den Verlauf der armenischen Präsidentschaftswahl und kritisierten nur kleine Unregelmäßigkeiten. Grundsätzlich lobten sie die Organisation und die Durchführung der Wahlen als einen weiteren „Schritt in Richtung Demokratie in Armenien“.

Die Mehrheit der Armenier wollte kein innenpolitisches Erdbeben oder revolutionäre Umbrüche.

Der Erfolg Sargsjans bestätigte die Meinungsumfragen, die den Sieg des Kandidaten der regierenden Partei prognostiziert hatten, die vor einem Jahr die Parlamentswahlen haushoch gewonnen hatte. Die Mehrheit der Armenier wollte kein innenpolitisches Erdbeben oder revolutionäre Umbrüche, meinte Professor Geworg Pogosjan, Direktor des Instituts für Philosophie, Soziologie und Recht an der Armenischen Akademie der Wissenschaften. Natürlich gibt es Wähler, die mit der Regierung unzufrieden sind und deshalb für Ter-Petrosjan votierten, fügte der Soziologe hinzu. Daneben hätten die Protestwähler ihrem Unmut über die Gesetzlosigkeit, die Macht der Bürokraten und die Korruption im Land Ausdruck verliehen. Umgekehrt habe Ter-Petrosjans kompromissloser Wahlkampf viele Menschen aufgeschreckt und die Anhänger der Stabilität und damit der Regierung mobilisiert. Bei der Niederlage Ter-Petrosjans habe zudem das „soziale Gedächtnis“ der Wähler eine große Rolle gespielt: Sie wollten nicht die „Vergangenheit wählen“. Laut Pogosjan ist Ter-Petrosjan eine Geisel der politischen Geister, die er rief, ohne zu bemerken, dass die Zeit längst über sie hinweggegangen ist.³⁵

UNRUHEN NACH DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Die Koalitionsregierung begrüßte den Wahlausgang und sandte gleichzeitig Signale der Kooperationsbereitschaft an die Opposition. Parlamentspräsident Tigran Torosjan forderte den Wahlverlierer Ter-Petrosjan auf, dem Sieger zu gratulieren.

34 | Hajastani Hanrapetutjan Kentronakan handsnažogov (= Zentrale Wahlkommission). In: [www. Elections.am/presidential.aspx](http://www.Elections.am/presidential.aspx).
35 | *Golos Armenii*, 26.02.2008.

ren, so wie es in der „zivilisierten Welt üblich“ sei. Schließlich habe er fast 500 000 Stimmen weniger als Sargsjan bekommen. Zugleich sicherte er der Bevölkerung zu, dass die regierende Klasse „keine Feindseligkeiten“ gegenüber der Opposition dulden werde.³⁶ Lewon Ter-Petrosjan erwies sich jedoch als schlechter Verlierer und erkannte seine Niederlage nicht an.

Das armenische Fernsehen analysierte das Wahlergebnis kaum. Allenfalls kamen einige wenige Regierungsvertreter zu Wort, daneben wurden nur Konzerte und Spielfilme ausgestrahlt. Anstatt Informationen über die Kundgebungen in Jerewan zu verbreiten, wurde nur einen Tag nach dem Urnengang Nachrichten aus dem Ausland mehr Sendezeit eingeräumt als der eigenen Präsidentschaftswahl. Da der letzte von der Regierung nicht kontrollierte Fernsehkanal A-Plus (TV-A+) vor zwei Jahren geschlossen worden war, informierten sich die Armenier vor allem in den oppositionellen Zeitungen über die innenpolitische Lage. In den Kiosken der Hauptstadt Jerewan waren sie ausverkauft. Selbst gelesene Zeitungen wurden weiterverkauft. Einer Minderheit stand auch das Internet als Informationsquelle zur Verfügung. Da häufig gesicherte Informationen fehlten, kursierten zahllose Gerüchte: Vor allem auf den Kundgebungen in Jerewan galt es als „Nachricht“, dass der „Karabach-Klan“ Sondereinheiten (Speznaz) aus der Exklave habe kommen lassen, um notfalls auf die Demonstranten schießen zu lassen. Immerhin konnten die Jerewaner beobachten, dass Sondereinheiten der Armee zwei Wochen lang vor dem Amtssitz des Präsidenten in Stellung gebracht wurden.

Einen Tag nach dem Urnengang versammelte Ter-Petrosjan rund 50 000 seiner Anhänger aus der ganzen Republik um sich, um in Jerewan seinen Sieg zu feiern. „Das Volk hat gewonnen, Ihr Abschaum“, sagte er zu Beginn seiner Rede. „Eine barbarische, tatar-mongolische Tyrannei herrscht über das Volk. Solch schreckliche Wahlen hat das Volk noch nicht gesehen“, schrie er weiter. Da Ter-Petrosjan sein Scheitern offensichtlich nicht einzugestehen vermochte, suchte er seine Anhänger weiter mit populistischen Parolen an sich zu binden. Ihnen

Da Ter-Petrosjan sein Scheitern offensichtlich nicht einzugestehen vermochte, suchte er seine Anhänger weiter mit populistischen Parolen an sich zu binden. Ihnen verkündete er, dass seine Bewegung täglich stärker werde.

36| *TV-Schant* vom 20.02.2008.

verkündete er, dass seine Bewegung täglich stärker werde. Am Ende stünden der Staatsapparat, die Polizei und der Geheimdienst auf seiner Seite. Mit Jubel wurde die „Nachricht“ aufgenommen, dass sich zwei stellvertretende Verteidigungsminister „dem Volk angeschlossen“ hätten, während der „Abschaum“ um Sargsjan und seinen Bruder Saschik immer schwächer werde.³⁷ Der Populist begann eine gezielte Hasskampagne und bestätigte damit, dass er wild entschlossen war, „bis zum bitteren Ende“ oder bis zum „Sieg der Revolution“ zu gehen. Die Gegenpropaganda des Wahlsiegers vermochte mit der Behauptung, in Armenien gebe es „keine vorrevolutionäre Situation“, ebenso wenig zu überzeugen.³⁸

Auf seinen Kundgebungen unterhielt Ter-Petrosjan sein Publikum mit Märchen von massiven Wahlfälschungen, die ihn um den sicheren Sieg betrogen hätten. Denn nach seinen eigenen Berechnungen habe er 65 oder 66 Prozent der Wählerstimmen bekommen. Einerseits heizten die Anführer der außerparlamentarischen Opposition die Atmosphäre auf den Demonstrationen weiter an, andererseits versicherten sie der Bevölkerung, es werde nicht zu Unruhen kommen.³⁹ Ter-Petrosjan selbst polarisierte, indem er verkündete: „Wer nicht für mich ist, ist Abschaum.“ Er erklärte, dass der Verband der Reservisten und Veteranen „Erkrapa“ aus dem Karabach-Krieg auf seiner Seite stehe, ebenso wie hochrangige Angehörige der Armee, der Polizei und des Außenministeriums. Umgehend dementierte der Verteidigungsminister diese Behauptung. Diplomaten, die sich öffentlich auf die Seite Ter-Petrosjan gestellt hatten, wurden per Erlass des Außenministers aus dem Staatsdienst entfernt. Nach einer Schießerei wurde außerdem der stellvertretende Generalstaatsanwalt, Gagig Dschangirjan, mit drei weiteren Personen wegen „Vorbereitung eines Staatsstreiches“ festgenommen. Diese Maßnahmen der Regierung zeigten, dass sie nicht bereit war, Ter-Petrosjan das Feld zu überlassen.

Amtsinhaber Kotscharjan nahm in den Medien den Kampf gegen Ter-Petrosjan auf: „Wir werden mit voller Härte gegen diejenigen vorgehen, die sich über das Gesetz stellen.“ Das

37 | Notizen des Autors von Kundgebungen in Jerewan, 21. Februar 2008. Siehe auch: *Hajkh*, 22.02.2008; www.a1plus.am/page=58241.

38 | Erster Kanal TV-Armeniens, 19.02.2008.

39 | *Azg*, Jerewan, 20.02.2008.

Fernsehen berichtete über seine Treffen mit der Armeeführung, dem Innenminister, dem Generalstaatsanwalt und dem Nationalen Sicherheitsdienst, die der gewählten Regierung ihre Loyalität bekundeten und sich entschlossen zeigten, „den gesellschaftlichen Frieden und die Stabilität Armeniens zu verteidigen“.⁴⁰ Ter-Petrosjan reagierte, indem er bei der nächsten Kundgebung den Präsidenten einen „Usurpator“ nannte und Sersch Sargsjan aufforderte, das Land zu verlassen. Des Weiteren bezeichnete er die Ereignisse in Armenien als „klassische bürgerlich-demokratische Revolution“, die das vorhandene „Feudalregime“ ersetzen werde.⁴¹ Vor ausländischen Journalisten präsentierte sich der Ex-Präsident jedoch nicht als Anführer einer Revolution, sondern bescheiden als „Sprecher des Volkes, das die Wahlergebnisse nicht anerkennt“. „Das Volk hat mich zum Sieger ernannt und glaubt daran“, verkündete Ter-Petrosjan. Auch wenn er nichts erreiche, habe er am Ende zumindest einen Beitrag zur Bildung einer „aktiven Gesellschaft“ geleistet.⁴² Zutiefst von seiner politischen Sendung überzeugt, provozierte er die Regierung zu immer härteren Gegenmaßnahmen. Wie die russische Zeitung *Novaja Politika* vermutete, wollte er seine Widersacher dahin treiben, Blut zu vergießen und Armeniens Regierung so international zu blamieren.⁴³

„Das Volk hat mich zum Sieger ernannt und glaubt daran“, verkündete Ter-Petrosjan. Auch wenn er nichts erreiche, habe er am Ende zumindest einen Beitrag zur Bildung einer „aktiven Gesellschaft“ geleistet.

Die Appelle der Regierung, die Kundgebungen im Stadtzentrum zu beenden, ignorierte der Ex-Präsident geflissentlich. Immerhin konnte die Staatsführung einen Teilsieg verbuchen, indem es ihr gelang, die drittstärkste Oppositionskraft, die Partei Orinac erkir und ihren Vorsitzenden, Artur Bagdasarjan, zur Kooperation mit dem neuen Präsidenten Sargsjan zu bewegen. Zur Belohnung wurde er Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates. Noch vor einem Jahr hatte Kotscharjan seinen neuen Bündnispartner als „Verräter“ bezeichnet, weil sich Bagdasarjan im April 2007, also unmittelbar vor den armenischen Parlamentswahlen, mit dem Gesandten Großbritanniens getroffen und ihn gebeten hatte, sein Heimatland bereits vor dem Urnengang scharf zu kritisieren.⁴⁴

40 | TV-Armenien vom 20.-28.02.2008.

41 | *Aravot*, Jerewan, 28.02.2008.

42 | *Kommersant*, Moskau, 03.03.2008.

43 | *Golos Armenii*, 28.02.2008.

44 | *Golos Armenii*, 21.04.2007; www.regnum.ru/news/820129.html.

Nach diesem Coup gab es in Armenien – abgesehen von Ter-Petrosjan – keine nennenswerte politische Kraft mehr, die Sargsjans Wahlsieg in Frage stellte. Auf Grund der „freundlichen Übernahme“ der Partei Orinac erkir hatte er sich indirekt die Unterstützung der Anhänger Bagdasarjans gesichert, außerdem die Zustimmung der ARF Daschnakzutjun. Das Verfassungsgericht der Republik Armenien bestätigte in seiner Entscheidung vom 24. Februar 2008 die Legitimität der Präsidentschaftswahl und wies die Beschwerden der Kandidaten Tigran Karapetjan und Lewon Ter-Petrosjan ab. Der Ex-Präsident hatte es nicht für nötig gehalten, zum Gerichtstermin zu erscheinen.⁴⁵

Dennoch gelang es ihm, noch zehn Tage nach dem Wahltermin im Zentrum der Hauptstadt Jerewan auf dem Opernplatz – wie im Februar 1988 – eine ständige Kundgebung zu organisieren. Dazu gehörte ein Zeltlager, in dem einige Tausend Demonstranten nach dem Vorbild der Orangen Revolution in Kiew kampierten. Tägliche Aufmärsche zum Platz der Republik sollten die Moral seiner Anhänger stärken. Die Sicherheitskräfte und die Polizei begannen am 27. Februar damit, ehemalige Veteranen des Karabach-Krieges wegen illegalen Waffenbesitzes festzunehmen.

AUSNAHMEZUSTAND

Am 1. März um 06.00 Uhr in der Frühe stürmten Sondereinheiten des Innenministeriums und der Armee das Zeltlager auf dem Opernplatz. Daraufhin besetzte der harte Kern der Demonstranten den Mjasnikjan-Platz, an dem sich die Botschaften Frankreichs, Italiens und Russlands befinden. Dort errichteten sie Barrikaden und lieferten sich eine Straßenschlacht mit der Polizei. Ein Ordnungshüter raste dabei mit seinem Wagen mitten hinein in die Menschenmenge und verletzte zahlreiche Demonstranten schwer. Gleichwohl harrten rund 20 000 Menschen auf dem Mjasnikjan-Platz aus, während ihr Anführer in seiner Residenz blieb und eine Pressekonferenz einberief. Wie berichtet wurde, wollte er seine Anhänger zunächst nicht auffordern, auf weitere Straßenschlachten zu verzichten. Seine Abwesenheit erklärte er mit dem Hinweis, er sei unter Hausarrest gestellt. Umgehend de-

45 | Postanovlenie Konstitucionnowo Suda Respubliki Armenii. In: www.concourt.am/decisions/common/index.html.2008

mentierte die Regierung diese Erklärung Ter-Petrosjans und versicherte, dass er volle Bewegungsfreiheit besitze.

Nachdem die Demonstranten die Polizei am selben Tag, abends um 21.00 Uhr, mit Gas attackiert hatten, fielen erneut Schüsse: Es gab Opfer auf beiden Seiten. Die Sondereinheiten der Polizei zogen sich zunächst zurück. Daraufhin erkannte der Mob seine Chance, setzte circa zwanzig Autos in Brand und plünderte Geschäfte. Wie später bekannt wurde, heizten Provokateure die Stimmung weiter an, indem sie erzählten, die Polizei habe schwangere Frauen und Kinder erschossen.⁴⁶ Schließlich kam schweres Räumgerät zum Einsatz, außerdem begann die Polizei, Demonstranten festzunehmen. Traurige Bilanz der Straßenschlacht – zehn Menschen wurden getötet, darunter zwei Soldaten. Dutzende schwer Verletzte mussten in die umliegenden Krankenhäuser eingeliefert werden. Wer letztlich für diese Erschießung unbewaffneter Demonstranten verantwortlich ist, konnte bis heute nicht geklärt werden, obwohl die Regierung eine unabhängige, internationale Untersuchungskommission ankündigte.

Gemäß den Bestimmungen der armenischen Verfassung (Art. 55, Ziff. 14 und Art. 117 Ziff. 6) verhängte Amtsinhaber Kotscharjan noch in derselben Nacht für 20 Tage – also bis zum 21. März – den Ausnahmezustand in der ganzen Republik. Zudem berief er eine außerordentliche Parlamentssitzung ein, in der er um Zustimmung für sein Vorgehen nachsuchte. Nach einer dreistündigen kontroversen Debatte unterstützten alle anwesenden 81 Abgeordneten – insgesamt zählt das Parlament 131 Volksvertreter – die Verhängung des Ausnahmezustands. Allerdings meldeten die Abgeordneten der ARF und der Partei Das Erbe Zweifel an, ob diese Maßnahme geeignet sei, die Republik zu befrieden.⁴⁷

Gemäß den Bestimmungen der armenischen Verfassung verhängte Amtsinhaber Kotscharjan noch in der Nacht zum 21. März – den Ausnahmezustand in der ganzen Republik.

„Als Garant für den Erhalt der Verfassung der Republik Armenien werde ich niemandem erlauben, die konstitutionelle Ordnung unseres Staates zu bedrohen“, erklärte Präsident Kotscharjan in einer Rede an die Nation. In seinem Erlass verbot er alle Streiks, Kundgebungen und sonstigen Demonstrationen im Land. Eine Ausgangssperre wurde nicht ver-

46 | Jurij Simonjan: „Črezvyčajnyj Jerevan“. In: *Nezavisimaja gazeta*, 3.03.2008. *Golos Armenii*, 20.03.2008.

47 | *Aravot*, 04.04.2008.

hängt. Dennoch kam es in allen armenischen Regionen zu Verhaftungen und Verhören der Anhänger Ter-Petrosjans. Einige nicht näher benannte politische Parteien mussten ihre Tätigkeit einschränken. Die Medien wurden verpflichtet, nur die Regierungserklärungen und offizielle Informationen zu veröffentlichen, ansonsten machten sie sich strafbar. Parteipolitische Propaganda ohne vorherige Genehmigung der Regierung war verboten.⁴⁸ Auch die Zeitungen der Oppositionsparteien, unabhängige Informationsorgane und Internetplattformen wurden der Zensur unterworfen, so dass sie ihr Erscheinen einstellten oder von der Regierung dazu gezwungen wurden. Das populärste Radio in Armenien – Radio Liberty aus Prag – war, wie früher in der Sowjetunion, verboten. Damit verletzte der „Garant“ der verfassungsmäßigen Ordnung das Recht der Bürger auf Informations- und Meinungsfreiheit eklatant.

Ferner hob die Nationalversammlung mit absoluter Mehrheit die Immunität von vier Abgeordneten auf, einer von ihnen wurde anschließend inhaftiert. Rund 300 Bürger wurden zeitweise von der Polizei festgehalten und verhört, 90 von ihnen über mehrere Tage. Auf Grund der massiven Kritik an der Pressezensur änderte der Präsident am 13. März seinen Erlass: Danach war es den Medien nur noch „verboten, gefälschte Informationen zu verbreiten, die das Ziel verfolgten, den Staat zu destabilisieren“. Außerdem durften die Bürger nicht mehr zu illegalen, gegen den Staat gerichteten Aktivitäten animiert werden.⁴⁹ Darüber hinaus verabschiedete das Parlament ein neues Demonstrationsrecht: Kundgebungen dürfen künftig nur noch stattfinden, sofern eine behördliche Genehmigung vorliegt. Da die regierenden Parteien über eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen, konnten sie das neue Demonstrationsgesetz sogleich beschließen. Am 21. März 2008 hob Präsident Kotscharjan den Ausnahmezustand wieder auf und versuchte, seine Vorgehensweise zu erklären: „Die Demokratie muss sich gegen den Druck der Straße verteidigen können.“ Während des Auszählens der Stimmzettel und vor der Entscheidung des Verfassungsgerichts habe er die Kundgebungen nicht unterbinden wollen. „Dies wäre als Versuch betrachtet worden, den Wahlprozess

48 | Erlass des Präsidenten Robert Kotscharjan vom 1. März 2008. In: www.president.am/news.

49 | Yerevan Press Club vom 13.03.2008. In: www.ypc.am/index.

zu behindern.“ Laut Kotscharjan habe es Ter-Petrosjan darauf angelegt, die staatlichen Organe zu destabilisieren, indem seine Anhänger beispielsweise die Armeeingehörigen zur Fahnenflucht aufgefordert hätten.⁵⁰ Mit der Aufhebung des Ausnahmezustands konnten die Zeitungen übrigens wieder über die Pressekonferenzen von Lewon Ter-Petrosjan berichten.

Neben anderen hatte der Nestor der armenischen Dissidentenbewegung in der Sowjetunion, Parujr Hajrikjan, die Verhängung des Ausnahmezustands scharf kritisiert. Er lastete die Eskalation der Situation und das Blutvergießen auch dem neuen Präsidenten Sargsjan an, während das ARF-Vorstandsmitglied, Armen Rustamjan, „eine gemeinsame Verantwortung“ für das blutige Ende der politischen Auseinandersetzung erkannte. Gleichzeitig kritisierte er die Haltung von Ter-Petrosjan, der die nationale Sicherheit Armeniens gefährdet hatte, nur um seine Ziele zu erreichen: „Der Krieg um Berg-Karabach ist noch nicht beendet.“⁵¹

Neben anderen hatte der Nestor der armenischen Dissidentenbewegung in der Sowjetunion, Parujr Hajrikjan, die Verhängung des Ausnahmezustands scharf kritisiert.

Der Yerevan Press Club und acht nichtstaatliche Organisationen (NGOs) wiesen in einer gemeinsamen Erklärung darauf hin, dass während des Ausnahmezustandes vom 1. bis 13. März ausgerechnet der Erste Kanal des öffentlich-rechtlichen Fernsehens den Erlass des Präsidenten verletzt und eine Hetzkampagne gegen die politische Opposition geführt habe. Außerdem warfen sie der Regierung und den staatlichen Organen vor, die Vertreter der oppositionellen Presse zu verfolgen und deren Tätigkeit massiv zu beeinträchtigen. Obwohl Präsident Kotscharjan den Medien nach dem 14. März erlaubt hatte, wieder über politische Themen zu berichten, wurden die zehn Tageszeitungen noch für einen längeren Zeitraum von den Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsdienstes zensuriert.⁵²

50 | Hajastani Hanrapetutjun, 21.03.2008. Auch in: Interview und Pressekonferenz mit Präsident Robert Kotscharjan vom 20.03.2008: www.president.am.

51 | *Aravot*, 21.03., 28.03. und 29.03.2008.

52 | Yerevan Press Club: Zajavlenie vos'mi občestvennych organizacij. In: www.ypc.am.

DIE AUSSENPOLITIK VON PRÄSIDENT SERSCH SARGSJAN

Am 9. April 2008 wurde Präsident Sersch Sargsjan in sein Amt eingeführt. In seinem Amtseid schwor er, Präsident aller Armenier sein sowie die Menschen- und Freiheitsrechte der Bürger achten zu wollen. Außerdem versprach er, die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Sicherheit Armeniens zu gewährleisten.

Wenige Tage später, am 17. April, debattierte die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) über „Die Lage der demokratischen Institutionen in Armenien“. Es wurde festgestellt, dass die Bevölkerung weder den Wahlen noch den demokratischen Institutionen des Landes vertraute. Ausdruck des Misstrauens seien die jüngsten Massenproteste. Die Einschränkung des Demonstrationsrechtes sowie der Presse- und Meinungsfreiheit wurde als Verletzung der Menschenrechte bewertet. Daneben forderte die Parlamentarische Versammlung die „sofortige Freilassung der aufgrund von politischen Gründen oder Vorwänden Verhafteten sowie den unverzüglichen Widerruf der kürzlich verabschiedeten Änderungen des Versammlungsgesetzes durch die Nationalversammlung Armeniens“. Ansonsten sei „die Glaubwürdigkeit Armeniens als Mitgliedstaat des Europarates in Frage gestellt“, betonte die PACE.⁵³

Die aus Armenien angereisten Vertreter der Opposition versuchten, eine härtere Resolution durchzusetzen, scheiterten aber an ihren extremen Forderungen und der unglaubwürdigen Darstellung der Ereignisse in ihrer Heimat. Umgekehrt bezeichnete der Vorsitzende der Nationalversammlung, Tigran Torosjan, die kritische Resolution der Parlamentarischen Versammlung als in vielen Punkten zu „oberflächlich“.⁵⁴

Der frisch ins Amt gekommene Präsident ernannte noch am Tag seiner Inauguration Tigran Sargsjan, einen parteilosen Finanzexperten und Vorsitzenden der Zentralbank Armeniens, zum neuen Ministerpräsidenten. Diese Entscheidung bedeutete keine wirkliche Überraschung: Bereits zuvor hatten vier parteilose Ministerpräsidenten die Regierungsge-

53 | Parlamentarische Versammlung des Europarates vom 17.04.2008. *Aravot*, 18.04.2008.

54 | *Aravot*, 24.04.2008.

schäfte geführt. Der Fachmann sollte nicht zuletzt die teuren Wahlkampfversprechen des Präsidenten verwirklichen – eine Reform des Steuersystems und höhere Renten.

Zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen ließ ein internationales Ereignis die politisch Interessierten Armenier aufhorchen: Das Kosovo, die frühere Autonome Provinz Serbiens, erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Allerdings verschwieg die armenische Regierung den Streit um die diplomatische Anerkennung – nicht nur aus Rücksicht auf die Haltung ihres Hauptverbündeten Russland. Vielmehr drohte die innenpolitische Auseinandersetzung unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl vom 19. Februar das Land in eine Krise zu stürzen. Zusätzlicher Sprengstoff, der die Lage im Innern weiter polarisierte, schien da wenig hilfreich.

Es war aber nur eine Frage der Zeit, bis der neue Präsident den Kosovo-Fall mit der Karabach-Frage vergleichen würde. Die armenische Regierung hatte schon früher festgestellt, dass die großen Industrienationen des Westens eine doppelgleisige Strategie verfolgten. Einerseits betonten sie, dass die erwartete Unabhängigkeit des Kosovo kein Präzedenzfall für die Lösung anderer Konflikte sei, schließlich sei jeder Fall für sich genommen einmalig. Andererseits wollten sie alle anderen „eingefrorenen Konflikte“ des Süd-Kaukasus in einer gemeinsamen UN-Resolution thematisieren. Vor diesem Hintergrund hatte der armenische Außenminister am 3. Oktober 2007 die Frage aufgeworfen, welcher Logik folgend die Kosovo-Albaner die Unabhängigkeit erhielten, während anderen Völkern die Selbstbestimmung verweigert werde. Wörtlich fügte er hinzu: „Niemand hat das Recht, unserem Volk den Rahmen unserer Freiheit und Sicherheit vorzuschreiben.“⁵⁵

Es war eine Frage der Zeit, bis der neue Präsident den Kosovo-Fall mit der Karabach-Frage vergleichen würde.

Wegen der Präsidentschaftswahlen in Armenien und in Aserbaidschan im Herbst 2008 schien die Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes einmal mehr auf Eis zu liegen. Immerhin startete Aserbaidschan als Antwort auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 vor den Vereinten Nationen eine diplomatische Offensive. Angesichts der

55 | Hajastani Artakhan Gordseri Nachararutjun vom 03.10.2007; Statement at the 62nd Session of the UN General Assembly. <http://www.armeniaforeignministry.com/main/index.html>

Unterstützung für die Unabhängigkeit des Balkan-Staates durch die Europäische Union hoffte Baku nunmehr auf mehr Verständnis. Dass Aserbaidschan die Karabach-Frage vor die UNO brachte, sollte zugleich seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Minsker Gruppe der OSZE signalisieren, die nach Wegen sucht, um den Konflikt beizulegen. Die aserbaidtschanische UN-Vertretung brachte am 20. Februar 2008 eine Resolution in die Generalversammlung ein, in der der „unverzügliche, vollständige und bedingungslose Abzug aller armenischen Truppen aus allen besetzten Territorien der Republik Aserbaidschan“ gefordert wurde.⁵⁶ Pikant ist dabei, dass ausgerechnet die drei Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe - USA, Russland und Frankreich – gegen diese UN-Resolution votierten und sich 100 weitere Staaten der Stimme enthielten.

Dessen ungeachtet stellten die drei Co-Vorsitzenden nach einem Treffen mit den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans zwei Wochen später, am 15. März 2008, unmissverständlich klar, dass sie die „territoriale Integrität Aserbaidschans anerkennen“, hingegen die „Unabhängigkeit von Berg-Karabach nicht“.⁵⁷ Diese öffentliche Stellungnahme der führenden Mitglieder der OSZE, darunter Russlands, zeigte, dass die Geheimverhandlungen in der Minsker Gruppe einen Wendepunkt erreicht hatten: Moskau ließ über seinen Vertreter zum ersten Mal wissen, dass Berg-Karabach weder unabhängig sei noch zu Armenien gehöre.

Auch wenn die russischen Proteste gegen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo für diese Haltung mitverantwortlich sein mochten, in jedem Fall verurteilte sie die armenische Regierung zum Schweigen. Da Berg-Karabach zudem seit über acht Jahren nicht mehr mit den anderen international nicht anerkannten „Republiken“ der ehemaligen Sowjetunion (Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien-Pridnestrovje) kooperiert hatte, konnte Stepanakert am 12. März 2008 mit ihnen zusammen bei der russländischen Staatsduma auch keinen Antrag auf Eröffnung einer diplomatischen Vertretung Russlands stellen. Die „nicht anerkannten“ Republiken hofften so, Moskaus Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung

56 | United Nations. General Assembly. A/SES/62/242/. Für die Resolution stimmten 39 Staaten, dagegen 7, 100 Staaten enthielten sich.

57 | *RIA Novosti*, 15.03.2008.

des Kosovo für ihre Zwecke nutzen und die Staatsduma zu einer aktiveren Politik in Bezug auf die „eingefrorenen Konfliktzonen“ veranlassen zu können.⁵⁸

Die Feiern zum 20. Jahrestag der Karabach-Bewegung im Februar 2008 hinterließen eine gesplante Bevölkerung und endeten nach der Präsidentschaftswahl in einer tiefen politischen Krise, die die demokratische Entwicklung Armeniens zu gefährden drohte. An der offiziellen Haltung der Republik Armenien zu Berg-Karabach änderte sich jedoch nichts. Bereits am 21. Februar 2008 hatte Präsident Kotscharjan erklärt, dass Armenien Arzach [arm. Bezeichnung für Berg-Karabach] nicht aufgeben werde. In seiner Rede bezeichnete er den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Karabacher als nationale Wiedergeburt. „Die Unabhängigkeit der Republik Berg-Karabach ist die einzige Garantie für die friedliche Entwicklung unseres eigenen Landes. Bereits eine ganze Generation Armenier kennt keinen anderen Zustand mehr als die Unabhängigkeit Berg-Karabachs.“⁵⁹

An der offiziellen Haltung der Republik Armenien zu Berg-Karabach änderte sich jedoch nichts. Bereits am 21. Februar 2008 hatte Präsident Kotscharjan erklärt, dass Armenien Arzach [arm. Bezeichnung für Berg-Karabach] nicht aufgeben werde.

Arzach habe seinen gegenwärtigen Status auf der Basis der existierenden Gesetze und des Völkerrechtes erkämpft und anschließend mit vielen Opfern verteidigt, versicherte auch der neu gewählte Präsident Sargsjan. „Womit unterscheiden wir uns vom Kosovo?“ Und weiter: „Warum dürfen die Kosovo-Albaner ihre Unabhängigkeit erklären, wir aber nicht? Oder möchte die internationale Staatengemeinschaft, dass in Berg-Karabach keine Armenier mehr leben und das Gebiet Aserbaidzhan übergeben wird?“ Als Staatsoberhaupt habe er kein Recht, die Karabach-Armenier im Stich zu lassen, auch wenn der Konflikt die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Armenien bremse. Er werde nicht „einen Teil des Landes aufgeben, nur damit der andere Teil besser leben kann“. Die Armenier hätten während ihrer ganzen Geschichte immer nur Gebiete verloren.⁶⁰

58 | Gosduma rešacet sud'bu nepriznannyh respublik. (= Die Staatsduma entscheidet über das Schicksal der nicht anerkannten Republiken). In: *Interfax*, 13.03.2008

59 | *Azg, Jerewan*, 21.02.2008. Die Botschaft von Präsident Robert Kotscharjan vom 20.02.2008. In: www.president.am.

60 | Interview mit dem armenischen Präsident Serž Sargsjan. In: *Kommersant*, 03.03.2008.

Damit ließ der neue Präsident keinen Zweifel daran aufkommen, dass er sich als Staatsoberhaupt auch für den „anderen Teil des Landes“, also für Arzach, zuständig fühle. Armenien werde sich weiter für das Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Armenier einsetzen und das Gebiet notfalls auch militärisch unterstützen. Er fürchte sich nicht vor dem Ölreichtum Aserbaidschans und seinen milliardenschweren Militärausgaben. Zugleich versicherte der Präsident jedoch, dass Armenien an einer friedlichen Lösung des Konfliktes festhalte.⁶¹

Daneben erklärte Sargsjan, er werde auch das zweite Kernanliegen der armenischen Außenpolitik – die Forderung nach internationaler Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei – vertreten. „Armenien muss sich weiter dafür einsetzen, um historische Gerechtigkeit zu erreichen.“ Der Präsident machte deutlich, dass der Völkermord nur möglich gewesen sei auf Grund der fehlenden Staatlichkeit Armeniens. Deshalb appellierte er am 24. April 2008 ausdrücklich an die Bevölkerung, „die besondere Heiligkeit der armenischen Staatlichkeit zu begreifen“. Die armenische Diaspora, „das Armeniertum der ganzen Welt“, solle sich vereinen, um dem armenischen Staat die notwendigen „Sicherheitsgarantien“ zukommen zu lassen.⁶²

AUSBLICK

Einen Monat nach den blutigen Auseinandersetzungen stabilisierte sich die innenpolitische Lage in Armenien wieder. Gegen einige Oppositionspolitiker, Ex-Außenminister Alexander Arsumanjan, den früheren Minister für Staatseinnahmen, Smbat Aiwassjan, und den Abgeordneten Mjasnik Malchasjan wurde Anklage erhoben. Der Vorwurf lautete: Vorbereitung eines Staatsstreichs. Daraufhin traten die drei in den Hungerstreik, den sie nach einem Appell von Lewon Ter-Petrosjan inzwischen beendet haben: „Ihre Gesundheit, ihr ungebrochener Wille und ihre Entschlossenheit sind für einen zukünftigen effektiven Volkskampf wichtig.“ Ter-Petrosjan zeigte sich sicher, dass die Fortsetzung des Kampfes die „internationale Gemeinschaft dazu zwingen wird, ihre Haltung gegenüber Armenien zu ändern“.⁶³

61 | Rede von Präsident Sersch Sargsjan vom 16.04.2008 In: www.news.president.am.

62 | Rede von Präsident Sersch Sargsjan vom 24.04.2008. In: www.news.president.am

63 | *Itar-Tass*, Jerewan, 11.04.2008.

Entgegen den Erwartungen der außenparlamentarischen Opposition schafften es die Unruhen und der Ausnahmezustand in Armenien nicht auf die Titelseiten der internationalen Presse. Im Unterschied zu ähnlichen Vorgängen in Georgien vom November 2007, als Präsident Michail Saakaschwili die Demonstrationen gewaltsam auflöste und ebenfalls einen Ausnahmezustand über sein Land verhängte. Dabei hatte die georgische Polizei nicht einmal mit scharfer Munition geschossen. Aber auch die Unruhen in Georgien während der vorgezogenen Präsidentschaftswahl vom Januar 2008 zogen mehr internationale Aufmerksamkeit auf sich als die Krise in Armenien, die Menschenleben gekostet hatte.

Entgegen den Erwartungen der außenparlamentarischen Opposition schafften es die Unruhen und der Ausnahmezustand in Armenien nicht auf die Titelseiten der internationalen Presse.

Die Erklärung liegt darin, dass Georgien wegen des Dauerkonflikts mit Russland um Abchasien und Süd-Ossetien stärker die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit anzieht, zumal es seinen Wunsch nach Mitgliedschaft in der NATO immer wieder geschickt ins Spiel bringt. Demgegenüber hatten die Präsidentschaftswahlen in Armenien nur einen geringen Nachrichtenwert. Im Übrigen blieb internationale Kritik am Ausnahmezustand auch deshalb aus, weil die in Armenien akkreditierten ausländischen Vertretungen die politische Lage richtig einschätzten und ihren Regierungen dementsprechend berichteten. Schließlich handelte es sich bei Ter-Petrosjans gezielten Provokationen der staatlichen Organe vor allem um seinen persönlichen Rachefeldzug gegen Sersch Sargsjan. In Hintergrundgesprächen mit dem Autor bezeichneten westliche Diplomaten Ter-Petrosjans kompromisslosen „Kampf bis zum Ende“ nicht unbedingt als „demokratisches“ Verhalten.

Dessen ungeachtet bedeuteten die gewaltsame Auflösung der Demonstrationen, die Verhaftungswelle, die Pressezensur und die Einschränkungen der Meinungsfreiheit einen starken Rückschlag für den Demokratisierungsprozess der Kaukasusrepublik. Ohne politische Korrekturen besteht die Gefahr, dass sich Armenien in ein autoritäres System zurückentwickelt. Nicht zuletzt deshalb hatten die herrschende politische Klasse und die Regierung kein Interesse daran, die Ursachen und Hintergründe der Krise öffentlich zu analysieren. Im Fernsehen fanden keine politischen Diskussionsrunden statt, nur einige wenige Zeitungen von höherem Niveau kritisierten die politisch Verantwortlichen. Die von der Regierung

Ohne politische Korrekturen besteht die Gefahr, dass sich Armenien in ein autoritäres System zurückentwickelt.

kontrollierten Medien verschwiegen ohnehin die innenpolitischen Probleme des Landes und dessen Demokratiedefizite.

„Hätte es nicht die Aggressivität Lewon Ter-Petrosjans gegeben, könnten wir durchaus von einer guten Präsidentschaftswahl sprechen“, meinte der Soziologe Pogosjan. „Die Opposition musste davon überzeugt werden, dass sie mit Erpressung und Gewalt die Macht nicht bekommt, während die Regierung begreifen musste, dass in Armenien sehr viele Menschen mit ihrer Arbeit unzufrieden sind“, sagte er bei einer Expertenrunde über die politische Krise im Land, die die Tageszeitung *Stimme Armeniens* organisiert hatte. Die Teilnehmer der Runde verurteilten Ter-Petrosjan wegen seines verantwortlichen Verhaltens.

„Bereits zu Beginn seines Wahlkampfes hat Ter-Petrosjan immer wieder betont, dass nicht der 19. Februar, also der Wahltag wichtig sei, sondern die Zeit danach. Er hatte ein Szenario vorbereitet, um möglichst viel unschuldiges Blut zu vergießen“, betonte Professor Suren Soljan, Rektor der Brüssow-Universität in Jerewan.⁶⁴ Der Wissenschaftler kritisierte die Erklärungen des früheren Staatsoberhauptes, in denen er sich für einen „nationalen Befreiungskrieg“ gegen die Regierung aussprach. Damit sei er dem Aufruf zum Bürgerkrieg recht nahe gekommen. Außerdem bezeichnete Soljan Ter-Petrosjan als „Pol Pot“ und „kranken Menschen“. Allerdings sei auch die armenische Gesellschaft krank, weil das Wertesystem - soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Solidarität - von den Regierenden zerstört werde. Als Vorbilder dienten reiche Ganoven in ihren „Hummern“, die die Republik beherrschten und deren kriminelle Werte der Bevölkerung aufgezwungen würden.

Weder die politischen Parteien noch die Medien oder die Polizei hätten Armenien aus seiner Zwangslage befreit. Allein die Armee war im Stande, die Stabilität der Republik wiederherzustellen. Das Fehlen einer zivilen Bürgergesellschaft mit starken politischen Parteien passte den Regierenden durchaus ins Konzept, betonte Soljan weiter. Schließlich profitierten sie am meisten von der Schwäche der demokratischen Institutionen und dem mangelnden Gemeinsinn.

Der Politologe Armen Aiwassjan ist davon überzeugt, dass es Ter-Petrosjan mit seiner Destabilisierungspolitik und seinen Umsturzplänen bewusst in Kauf nahm, die Republik an den Rand eines Bürgerkrieges zu führen. Auch einen Angriff Aserbaidschans habe der Ex-Präsident in einer derartigen Schwächephase nicht ausschließen können. Ohne Beweise vorzulegen behauptete er, das Ausland habe Ter-Petrosjans Rückkehr in die Politik veranlasst, um über einen Regierungswechsel außenpolitische Zugeständnisse möglich zu machen. Dabei könnte Armenien nicht nur Berg-Karabach, sondern auch den Bezirk Sünikh verlieren. Die Experten rieten dem neuen Präsidenten, Lehren aus der politischen Krise zu ziehen und mit Hilfe einer konsequenten Reformpolitik den Staat auf eine neue Grundlage zu stellen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass Armenien als failing state ende.

Die zehn Menschen, die im Verlauf der Unruhen zu Tode kamen, wurden zum Symbol für ein schwaches, gesetzloses Armenien. Der Regierung wird vorgeworfen, die Staatsgewalt allein mit Waffengewalt verteidigt zu haben. Für das Fehlen starker demokratischer Institutionen ist aber nicht das Volk verantwortlich, sondern die politische Klasse, die sich seit der Unabhängigkeit Armeniens an der Macht festhält. Die Ent-Demokratisierung des Landes begann in der Endphase der Präsidentschaft Ter-Petrosjans und setzte sich unter Präsident Kotscharjan fort. Die Pressefreiheit wird mit dem Verbot eines unabhängigen Fernsehens torpediert. Die Monopolisierung von Handel, Bauwirtschaft und Produktion in den Händen einiger weniger Familien und deren politischem Arm demotivieren und beunruhigen die Bevölkerung. Obwohl die freie Marktwirtschaft in Armenien zu bescheidenem Wohlstand beiträgt, sind die wirtschaftlichen Erfolge und eine positive Finanzentwicklung weniger das Verdienst der Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern Ergebnis der über einer Milliarde US-Dollar, die die Auslands-Armenier in ihre Heimat überweisen. Dieser Trend hält an, zumal die armenischen Bürger seit 2003 verstärkt in Russland arbeiten dürfen und vom dortigen Aufschwung profitieren. Allerdings schöpfen die wenigen einflussreichen Familien diese finanzielle Unterstützung in harter Währung über die steigenden Preise wieder ab. Von daher wird die Kluft zwischen Reichen und Armen nicht geringer, sondern größer.

Die Ent-Demokratisierung des Landes begann in der Endphase der Präsidentschaft Ter-Petrosjans und setzte sich unter Präsident Kotscharjan fort.

Eine Trendumkehr hängt vor allem von der kompromisslosen Haltung des neuen Präsidenten und seines angekündigten Kampfes gegen die Korruption ab. Gelingt dies nicht, entsteht in Armenien ein halb-autoritäres System mit den entsprechenden geopolitischen Konsequenzen: Ein derart destabilisiertes Armenien würde als failing state kaum die Kraft aufbringen, einem Angriff Aserbaidschans auf Berg-Karabach standzuhalten. Die Bürger eines autoritären Armeniens würden nicht freiwillig, wie es bislang der Fall war, für ihre Heimat kämpfen.

Es ist kein Geheimnis, dass sich Armenien in einem (nicht erklärten) Kriegszustand mit Aserbaidschan befindet und die Türkei alles daran setzt, die Kaukasusrepublik weiter zu schwächen, nicht zuletzt, indem sie die Grenze zu Armenien blockiert. Auch von Süden, aus Iran, kann Armenien keine Unterstützung erwarten, ungeachtet der guten bilateralen Beziehungen.

Daneben muss Armenien eine schlagkräftige Armee finanzieren und nimmt die internationale Isolation in Kauf, um dem Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Bewegung zum Durchbruch zu verhelfen. Noch genießt das kleine, christliche Armenien wegen seiner früheren demokratischen Fortschritte und seiner tragischen Geschichte internationale Sympathien. Um diese nicht zu verspielen, muss Präsident Sersch Sargsjan die Grundrechte seiner Bürger, darunter Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, stärken und die Korruption nachhaltig bekämpfen.